

Antrag

öffentlich

| | |
|------------|----------|
| Datum | Nummer |
| 20.01.2022 | A0016/22 |

Absender

Fraktion AfD

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Prof. Dr. Alexander Pott

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

24.02.2022

Kurztitel

Landeskriminalamt in Magdeburg halten!

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Stadtrat bekennt sich dazu, dass die Landeshauptstadt Magdeburg ein Verwaltungsoberzentrum im Land Sachsen-Anhalt ist und bleiben soll.
2. Der Stadtrat bekennt sich weiter zum Erhalt sowie zur Errichtung von öffentlichen Verwaltungsbehörden und -einrichtungen im Stadtgebiet.
3. Der Stadtrat appelliert eindringlich an die Landesregierung, den Neubau des Landeskriminalamtes Sachsen-Anhalt an einem Standort im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Magdeburg zu errichten.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um den Neubau des Landeskriminalamtes im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Magdeburg pro aktiv zu unterstützen.
5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur nächsten Stadtratssitzung über den aktuellen Stand in der Angelegenheit zu berichten.

Begründung

Mit der Errichtung des Landeskriminalamtes Sachsen-Anhalt Anfang im Jahr 1991 hat diese Behörde ihren Hauptsitz in Magdeburg. Nach Feststellung von gesundheitsgefährdenden Mineralfasern in Wänden und Decken des Gebäudes war im Sommer 2017 ursprünglich die Sanierung beschlossen worden, welche später aus Kostengründen abgesagt wurde. Seither wird ein geeigneter Standort für einen Neubau gesucht. Nach neusten Informationen werden von der Landesregierung derzeit zwei Standorte geprüft, einer in Magdeburg und einer außerhalb im Umland nahe der Autobahn 2. Von einem neuen Standort außerhalb des Stadtgebietes Magdeburg war innerhalb des parlamentarischen Raumes bislang nie die Rede. Das Landeskriminalamt gehört in ein Verwaltungsoberzentrum wie es Magdeburg nun mal ist und bleiben soll. Diese Behörde muss gleichsam für Bedienstete wie Bürger mit dem ÖPNV jederzeit gut erreichbar sein und nicht im nur Stundentakt mit Überlandbussen. Eine Verlegung des Standortes der zentralen Landesbehörde zur Kriminalitätsbekämpfung in den ländlichen Raum ist indiskutabel und lehnt die AfD-Stadtratsfraktion konsequent ab. Neben einem erheblichen

Schaden für das Prestige würde dieses für die Landeshauptstadt den Verlust von über 600 hochwertigen Arbeitsplätzen bedeuten. Im Interesse der Polizei, der Bürger und der Stadt ist der Neubau des LKA daher zwingend in Magdeburg zu errichten. Diesem Anliegen soll dieser Antrag dienen.

Frank Pasemann
Fraktionsvorsitzender

Hagen Kohl
Stadtrat